



Entwicklungen der partizipativen Demokratie in Europa

Patrizia Nanz • Jan-Hendrik Kamlage

Die Demokratien in Europa unterliegen einem merklichen Wandel. Zum einen gibt es in Europa eine immer größer werdende Zahl an direktdemokratischen Verfahren wie Referenden, Volksbegehren und Bürgerbegehren (vgl. APuZ, 2006). Von den weltweit seit dem Jahr 1793 gezählten 1.405 nationalen Referenden entfallen alleine 62 Prozent auf die europäischen Länder. Ungefähr die Hälfte davon fand seit 1989 statt (Pállinger, Kaufmann, Marxer / Schiller, 2007: 9). Zum anderen finden auch die sogenannten deliberativen oder dialogorientierten Verfahren der Bürgerbeteiligung wie Bürgerhaushalte, Bürgerinnenräte, Zukunftskonferenzen und Planungszellen in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmende Verbreitung in Europa. Durch wissenschaftliche Forschung belegte Zahlen liegen hier allerdings bisher nicht vor, weder zum Umfang dieses Trends insgesamt noch zur Verteilung der verschiedenen dialogorientierten Beteiligungsformate in den europäischen Ländern.

Die Krise der repräsentativen Demokratie

Die direktdemokratischen wie dialogorientierten Formen der Bürgerbeteiligung erfreuen sich vor allem deshalb wachsender Beliebtheit, weil sie im Ruf stehen, die immer größer werdende Kluft zu den gewählten Politikern und Politikerinnen, die weniger als Volksvertreter/innen denn als politische Klasse wahrgenommen werden, zu verringern. Schwindende Wahlbeteiligung, abnehmende Mitgliederzahlen der Parteien, sinkendes Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit der Regierenden – die Diagnose der Krise der repräsentativen Demokratie ist vielfältig. So stimmen beispielsweise nur fünf Prozent der Deutschen in einer repräsentativen Studie der Stiftung für Zukunftsfragen der Aussage zu: »Die Politiker bereiten mein Heimatland gut auf die Zukunft vor«. In anderen Ländern sieht es nicht viel besser aus: In Frankreich stimmen zwölf Prozent und in Spanien sieben Prozent dieser Aussage zu (Europauntersuchung der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen, 2012). Gleichzeitig ist der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach unmittelbarer Mitwirkung und Beteiligung an politischen Entscheidungen so groß wie nie. Nach Angaben einer repräsentativen Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2011 wünschen sich 78 Prozent der Deutschen mehr Möglichkeiten über politische Fragen durch Volksentscheide und Bürgerbegehren direkt mitentscheiden zu können. 68 Prozent würden gerne bei großen Infrastrukturprojekten mitentscheiden und 47 Prozent an Bürgerhaushalten mitwirken. Generell sprechen sich 81 Prozent für mehr politische Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten aus (Bertelsmann Stiftung, 2011, www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_107591.htm).

Dialogorientierte Formen der Bürgerbeteiligung in Europa

Im Folgenden wollen wir augenfällige Entwicklungen der partizipativen Demokratie in Europa in groben Zügen darstellen. Dabei geht es ausschließlich um dialogorientierte Formen der Bürgerbeteiligung. Zunächst: Was



bedeutet dialogorientierte Bürgerbeteiligung? In solchen Verfahren werden Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Akteure und Entscheidungsträger/innen frühzeitig im politischen Prozess zusammengebracht. Im Mittelpunkt der Beratungen steht der Austausch von Argumenten mit dem Ziel einer gemeinschaftlichen Willensbildung und idealerweise einer anschließenden konsensualen Entscheidungsfindung. In Diskussionen wägen die Beteiligten alternative Positionen ab unter der Prämisse, andere Standpunkte zu berücksichtigen (Fung, 2003: 340). Diese teilweise komplexen Verfahren durchlaufen oft mehrere Runden und sind angewiesen auf die Unterstützung von Moderatorinnen und Moderatoren sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis. Sie werden oft als »informell« bezeichnet in Abgrenzung zu gesetzlich vorgeschriebenen »formellen« Beteiligungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel den Anhörungen im Rahmen der deutschen Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren bei öffentlichen Bauvorhaben. Erweiternd und ergänzend stehen bei dialogorientierten Beteiligungsprozessen immer öfter auch internetgestützte Werkzeuge und Technologien zur Verfügung, die einer größeren Menge von Bürgerinnen und Bürgern Mitwirkung ermöglichen.

Dialogorientierte Bürgerbeteiligung ist eingebettet in spezifische politische Kulturen und Systeme, die sich je nach Ländern und Regionen, und manchmal auch nach Städten und Gemeinden unterscheiden. Vergleicht man Europa mit den USA, so ist auffällig, dass in den Vereinigten Staaten die Beteiligungsprozesse in aller Regel auf der lokalen Ebene und kaum auf zentralstaatlicher Ebene stattfinden. Durchgeführt und getragen werden Beteiligungsprozesse wie »Citizens Juries« und »National Issue Forums« sowie vor allem Großformate, wie zum Beispiel »Deliberative Pollings« und »Town Hall Meetings« (500 bzw. bis zu 5.000 Teilnehmende), vornehmlich durch zivilgesellschaftliche Organisationen (Bertelsmann Stiftung, 2013).

In Europa findet Bürgerbeteiligung vorwiegend sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene statt, und in manchen Ländern auch auf nationaler Ebene. Je nach politischer Kultur lassen sich verschiedene Muster der Beteiligung in den einzelnen Ländern und Regionen finden. In Frankreich zum Beispiel gibt es die »Commission Nationale du Débat Public«, eine unabhängige vom Staat finanzierte Organisation auf der zentralstaatlichen Ebene, die öffentliche Debatten und Beteiligung zu großen Infrastrukturvorhaben wie beispielsweise U-Bahnen, Autobahnen und Bahnhöfen organisiert. Diese Beteiligungsformen sind eher »spontan« und auf die Einflussnahme von Öffentlichkeit und Gesellschaft gerichtet im Vergleich zu deutschen Verfahren, denen meist ein recht klares Regelwerk zugrunde liegt und die oft das Ziel verfolgen, Entscheidungsträger/innen zu beraten. In Frankreich wie auch in Deutschland haben Mandatsträger/innen sowie Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine dominante Rolle in der Vorbereitung und Durchführung der Verfahren, während die britische Regierung Bürgerbeteiligung vornehmlich auf lokaler Ebene einfordert, aber deren Ausführung dem privaten und Non-Profit-Sektor überlässt. In Großbritannien ist seit 2003 die gemeinnützige Organisation »Involve« aktiv, welche die Zusammenarbeit vieler an Partizipation beteiligter Akteure optimiert, sowohl aus dem öffentlichen, als auch aus dem privaten und dem freiwilligen Sektor. In Italien wiederum gibt es zahlreiche kleine Initiativen auf lokaler und regionaler Ebene. Die Region Toskana hat im Jahr 2007 ein in Europa bislang einzigartiges Gesetz erlassen, das es Bürgerinnen und Bürgern und dort wohnhaften Personen ermöglicht, Beteiligung einzufordern und selber zu initiieren, wenn das geplante Großvorhaben einen signifikanten Einfluss auf



die Bevölkerung hat. Mit dem Gesetz wurde darüber hinaus eine zentrale staatliche Anlauf- und Beratungsstelle zur Verbreitung, Förderung und Evaluation der Beteiligungspraxis etabliert, die jährlich Berichte über den Verlauf der Praxis veröffentlicht (Regione Toscana, 2007).

Länderübergreifende und vergleichende wissenschaftliche Forschung, die die verschiedenen Partizipationskulturen in Europa sowie die unterschiedliche Verbreitung bzw. Ausprägung einzelner Beteiligungsformate erfasst, gibt es allerdings bislang nicht. Mit einer Ausnahme: die Erforschung der »Bürgerhaushalte« in verschiedenen europäischen Ländern. Der Bürgerhaushalt ist das weltweit bekannteste und verbreitetste dialogorientierte Verfahren (Cabannes, 2006). Entstanden sind Bürgerhaushalte Ende der 1980er Jahre in der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre und im neuseeländischen Christchurch. Das in Porto Alegre entwickelte Modell ist als Beispiel einer »Demokratisierung der Demokratie« bekannt geworden. Die Bürgerinnen und Bürger können auf kommunaler Ebene an der Gestaltung politischer und budgetärer Angelegenheiten, deren Konsultation und Prioritätensetzung mitwirken und sogar mitentscheiden. Die Entstehung des Beteiligungsverfahrens in Porto Alegre stand unter den Vorzeichen von sozialer Gerechtigkeit, Bekämpfung von Korruption und Ausweitung der Basisdemokratie. Erwähnenswert ist, dass sich hier verstärkt auch ärmere und bildungsferne Bevölkerungsschichten beteiligen (Baiocchi, 2005). Der Bürgerhaushalt von Christchurch hingegen gilt als Vorbild für eine erfolgreiche Verwaltungsmodernisierung durch bürgerschaftliche Konsultationen (Holtkamp, 2012). Er soll vornehmlich die Akzeptanz erhöhen und Legitimierung fiskalpolitischer Maßnahmen in der Bevölkerung steigern. Diese beiden Modelle haben in den europäischen Ländern und Regionen unterschiedliche Verbreitung gefunden (Herzberg, Sintomer et al., 2010).

In Deutschland beispielsweise werden Bürgerhaushalte wie in Berlin-Lichtenberg, Esslingen, Köln und Freiburg überwiegend als Mittel zur Verwaltungsmodernisierung angewendet, also nach dem neuseeländischen Vorbild. Sie zielen ab auf eine Verbesserung der Informationsgrundlage der Stadt- und Gemeinderäte bei der Beschlussfassung über den Haushaltsplan. In Spanien und anderen Ländern Südeuropas hingegen stehen bei Bürgerhaushalten nach dem brasilianischen Modell eher Fragen der sozialen Gerechtigkeit im Mittelpunkt, wie zum Beispiel in Cordoba, Sevilla und Albacete (Sintomer, Herzberg et al., 2008). Mit Blick auf die Bürgerhaushalte lässt sich festhalten: Die Gestaltung und Umsetzung eines Beteiligungsformats hängt stark von den jeweiligen Beteiligungskulturen und Traditionen sowie den Strukturen des politischen Systems der jeweiligen Länder und Regionen ab.

Neben den Bürgerhaushalten gibt es heute rund 16 weitere gängige Verfahren und Methoden dialogorientierter Bürgerbeteiligung, die in den europäischen Ländern und Regionen Verbreitung gefunden haben – ergänzt um eine zunehmende Zahl von online- und internetgestützten Beteiligungsverfahren (siehe im Überblick Fritzsche / Nanz, 2012). Die verschiedenen Formate unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Dauer (ein Tag bis mehrere Monate), ihrer Teilnehmerzahl (von zehn bis mehreren Tausenden) sowie der Rekrutierung und Auswahl der beteiligten Bürgerinnen und Bürger (Selbstselektion, zufällige oder gezielte Auswahl). In Europa dienen Beteiligungsprozesse vornehmlich der Einflussnahme von Öffentlichkeit und Gesellschaft sowie der Beratung von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern. Unmittelbare Entscheidungen der Bürgerinnen und



Bürger sind in den meisten dialogorientierten Verfahren nicht vorgesehen, sodass kollektiv bindende Beschlüsse nach wie vor durch Parlamente, Stadträte und Verwaltungen gefällt werden. Allein im Rahmen von Bürgerhaushalten sind auch Mit-Entscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern möglich, wobei in Deutschland auch hier das Entscheidungsrecht weiterhin ausschließlich in den Händen von Politik und Verwaltung liegt.

In den europäischen Ländern haben sich die verschiedenen Beteiligungsformate nicht nur unterschiedlich ausgeprägt, wie das Beispiel der Bürgerhaushalte zeigt, sondern sie sind auch unterschiedlich weit verbreitet. In Deutschland wird schon seit den 1970er Jahren die »Planungszelle« angewendet. Planungszelle ist ein organisatorisch aufwendiges Kleinformat, das komplexe Fragestellungen von wenigen, zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern erarbeiten lässt und auf dieser Basis Empfehlungen (sogenannte »Bürgergutachten«) erstellt. Diese dienen dann Stadträten, Verwaltungen und Parlamenten als Entscheidungsgrundlage, beispielsweise für die Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz (vgl. Dienel, 2011) oder für die Entwicklung der Neusser Innenstadt (vgl. Ortwein, 2001).

Europaweit: Bürgerbeteiligung im Fokus der Öffentlichkeit

Nicht zuletzt als Antwort auf die neue Protestwelle in den letzten Jahren (u. a. Stuttgart 21) und auf die Konflikte im Kontext der Energiewende ist Bürgerbeteiligung in Deutschland (wieder) stark in den Fokus der politischen Öffentlichkeit gerückt. An vielen Orten in der Republik, sei es auf kommunaler, regionaler oder zentralstaatlicher Ebene, werden gegenwärtig verschiedenste Beteiligungsverfahren erprobt.

In Österreich, und hier vorwiegend im westösterreichischen Bundesland Vorarlberg, hat das im Vergleich zur Planungszelle einfache Format der BürgerInnenräte weite Verbreitung gefunden, das in den USA entwickelt wurde und dort »Wisdom Council« genannt wird. Ziel ist es, die Ideen und Vorschläge von rund zehn zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern an wenigen Tagen zu erarbeiten und auf diesem Weg zu einer kreativen und gemeinschaftlichen Problemlösung zu gelangen. Die daraus entstehenden Empfehlungen dienen als Diskussionsgrundlage sowohl für die lokale Öffentlichkeit als auch für Entscheidungsträger/innen, z. B. im Gemeinderat (Strele, Nanz et al., 2012). Aufgrund der positiven Erfahrungen mit den BürgerInnenräten wird erstmals in Europa im Jahr 2013 die partizipative Demokratie in der Landesverfassung von Vorarlberg verankert – ein Trend, dem höchstwahrscheinlich auch andere Regionen in Bälde folgen werden.

In Großbritannien wird neben vielen anderen häufig das Beteiligungsverfahren »Planning for Real« angewendet, mit dem Ziel, die Lebensqualität an konkreten Orten (Stadtplätze, Quartiere, Stadtparks etc.) zu verbessern. Es ist offen für alle Interessierten. Die Zahl der Teilnehmer/innen ist nicht begrenzt. In Dänemark wiederum werden seit den frühen 1990er Jahren erfolgreich »Konsensuskonferenzen« mit Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt, deren Ergebnisse dem Parlament überreicht werden. Die Dänische Behörde für Technikfolgenabschätzung bringt hinsichtlich eines zu diskutierenden Themas Expertinnen und Experten mit 10 bis 30 zufällig ausgewählten Laien zusammen. Das Themenspektrum der Konferenzen reicht von der Strahlenbelastung von



Lebensmitteln über die Behandlung von Unfruchtbarkeit bis hin zu Chancen und Schwierigkeiten von Verkehrsmauten.

Wie sieht es nun auf der europäischen Ebene mit der Erprobung von »dialogorientierten Verfahren der Bürgerbeteiligung« aus? Die Europäische Kommission hat seit 2001 eine Vielzahl von Projekten unterstützt, um zu testen, welche Verfahren und Methoden für transnationale und mehrsprachige Bürgerbeteiligung geeignet sind (Nanz / Kies, im Erscheinen). Das größte und vielschichtigste Projekt dieser Art waren bislang die »Europäischen Bürgerkonferenzen«, die erstmals zwischen Oktober 2006 und Mai 2007 stattfanden. An diesem grenzüberschreitenden Großverfahren nahmen etwa 1.800 nach demographischen Kriterien zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus 27 EU-Mitgliedsstaaten teil und berieten über die Zukunft Europas. Die Europäischen Bürgerkonferenzen waren nach der Auftaktveranstaltung in Brüssel als ein dreistufiges Verfahren organisiert: Im ersten Schritt wurden zentrale Bürgerkonferenzen mit Online-Elementen in den einzelnen Mitgliedsstaaten durchgeführt. Im zweiten Schritt wurden ergänzend in verschiedenen Städten der Mitgliedsstaaten »regionale Bürgerforen« veranstaltet, um in einem letzten Schritt die Ergebnisse aus den Mitgliedsstaaten auf der europäischen Ebene zusammenzutragen und dort mit Vertretern und Vertreterinnen der Europäischen Kommission auf einer Abschlussveranstaltung zu diskutieren (Baumann, Felten et al., 2009). Im Anschluss an die ersten Europäischen Bürgerkonferenzen gab es bis heute verschiedene Folgeprozesse, die die Ergebnisse des Verfahrens in die Mitgliedsstaaten zurück kommuniziert haben. Im Jahr 2009 wurden erneut Europäische Bürgerkonferenzen veranstaltet, um so eine erste reguläre transnationale Beteiligungspraxis der Bürgerinnen und Bürger in Europa zu etablieren.

Erste Ergebnisse

Die vielfältigen Entwicklungen im Feld der dialogorientierten Verfahren in Europa haben dazu geführt, dass sowohl Politik und Verwaltungen einiger Länder, Regionen und Kommunen als auch die wachsende Anzahl an Dienstleisterinnen und Anbietern von Bürgerbeteiligungsverfahren ein gesteigertes Interesse an Qualitätsnormen, Standards und Leitlinien für die Umsetzung der Beteiligungsverfahren entwickelt haben. In den letzten Jahren sind daher in verschiedenen Ländern Europas Qualitätsgrundsätze und Standards der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung entstanden. So hat die »Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik« (ÖGUT), die Mitte der 1980er Jahre als überparteiliche Plattform für Umwelt, Wirtschaft und Verwaltung zur Förderung von Beteiligungsprozessen vor allem im Bereich der Umweltpolitik gegründet wurde, »Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung« veröffentlicht. Die Entwicklung der Standards und Praxisleitfäden wurde vom österreichischen Ministerrat am 2. Juli 2008 beschlossen und von einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des Kanzleramtes und des Lebensministeriums entwickelt. Die Arbeitsgruppe konsultierte darüber hinaus verschiedene Vertreter der Zivilgesellschaft und externe Fachexperten (Lebensministerium & Bundeskanzleramt, 2008: 3). Die Qualitätsstandards und Leitfäden sind als Service und Unterstützung für Verwaltungen konzipiert, um eine Orientierung für die gute Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung bereitzustellen (www.partizipation.at/standards_oeb.html).



Neben Österreich hat auch die Landesregierung von Wales begonnen, nationale Prinzipien für öffentliche Beteiligung zu entwickeln. Hierzu wurde im Jahr 2009 die beratende Kommission der Organisation »Participation Cymru« beauftragt. »Participation Cymru« ist eine Kooperation der öffentlichen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die darauf abzielt, öffentliche Dienstleistungen durch die Stärkung und den innovativen Einsatz von Bürgerbeteiligung zu verbessern. Den Anstoß zur Entwicklung der Prinzipien gab eine vom walisischen Parlament verabschiedete »Vision für öffentliche Dienstleistungen«. Jüngst haben sich auch Städte wie Heidelberg und Leipzig auf den Weg gemacht, Qualitätsnormen zu kodifizieren (vgl. Stadt Heidelberg, 2012; Stadt Leipzig, 2013). Zu diesem Zweck wurden unter anderem Grundsätze und Leitfäden für die Umsetzung von dialogorientierten Verfahren entwickelt.

Trotz der mittlerweile zahlreichen Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung hat in Europa bisher kein systematischer Lern- und Erfahrungsaustausch stattgefunden. Im Dezember 2012 hat daher die Stabsstelle der »Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung des Staatsministeriums Baden-Württemberg«, Gisela Erler, und das »European Institute for Public Participation« (EIPP) verschiedene europäische Regionen zu einer Konferenz eingeladen, u. a. Rhone-Alpes, Vorarlberg, Katalonien, die dänischen Regionen sowie die Toskana und Emilia-Romagna. Als Ergebnis ist das erste »Europäische Netzwerk zur Förderung der Bürgerbeteiligung« gegründet worden. Es wurde bei dem Treffen der europäischen Regionen deutlich, dass Politik und Verwaltung als Initiatoren und Organisatoren von partizipativen Prozessen in den kommenden Jahren dringend Kompetenzen ausbilden müssen, um entscheiden zu können, welches Format am besten für ein Thema, ein Fachgebiet und eine politische Ebene geeignet ist. Was zudem benötigt wird, ist praktisches Wissen über die Stärken und Schwächen der verschiedenen Verfahren und ihre Nützlichkeit für unterschiedliche Situationen. Darüber hinaus suchen Regionen und Kommunen verstärkt nach Wegen, dialogorientierte Verfahren mit den jeweiligen repräsentativ-demokratischen Institutionen und Gremien zu verzahnen, damit das »Voicing« der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig Einfluss nehmen kann.

Die wachsende Verbreitung neuer und innovativer Formen dialogorientierter Bürgerbeteiligung in Europa macht auch die Notwendigkeit sozialwissenschaftlicher Forschung deutlich, die diese Entwicklungen quantitativ sowie qualitativ erfasst und kritisch begleitet. Europa braucht ein unabhängiges Kompetenzzentrum, das Grundlagenforschung mit Anwendungsorientierung verbindet und zentraler Bestandteil eines europäischen Netzwerks für Bürgerbeteiligung wird. Aufgabe dieses Zentrums wäre es, länderübergreifend die Erfahrungen aus einzelnen Beteiligungsinitiativen systematisch zusammenzutragen, die Ursachen für Erfolg und Misserfolg zu analysieren, unabhängige Handreichungen über intendierte und nicht-intendierte Wirkungen von Beteiligungsbeispielen zur Verfügung zu stellen und somit einen Raum zur kritischen Reflexion partizipativer Prozesse zu schaffen. Auf der Grundlage solchen Wissens könnte eine derartige Institution auch bei der Konzeption von Beteiligungsangeboten behilflich sein, Qualitätsnormen für Verfahren erarbeiten und Evaluationsstandards zur unabhängigen Bewertung der Praxis entwickeln. Darüber hinaus könnte sie Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ebenso wie Dienstleister/innen, Moderatorinnen und Moderatoren sowie techni-



sche Entwickler/innen vernetzen und zum »Capacity Building« der Akteursgruppen beitragen.

Ein solches Kompetenzzentrum könnte aber auch die Debatte um die Zukunft der Demokratie insgesamt bereichern:

- Wie ließen sich dialogorientierte Beteiligungsverfahren mit direkt-demokratischen Abstimmungen verbinden (wie etwa im Beispiel der Wahlrechtsreform in British Columbia oder des isländischen Verfassungsentwurfs durch die Bürger und Bürgerinnen, für das jüngst eine satte Mehrheit der Wahlbevölkerung gestimmt hat)?
- Wie könnten Verknüpfungen von einzelnen Beteiligungsverfahren (oder gar einer ständigen Bürgerkammer zum Beispiel für langfristige Fragenstellungen) und parlamentarischen Entscheidungsprozessen aussehen?

Es ginge am Ende darum, systematische Vorschläge für europäische Demokratiereformen zu machen – Demokratiereformen, die institutionelle Rahmenbedingungen entwickeln für eine Kombination aus repräsentativer, direkter und partizipativer Demokratie – und dabei die unterschiedlichen Beteiligungskulturen und politischen Systeme in Europa berücksichtigt.

Literatur

APuZ (2006): Direkte Demokratie, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, www.bpb.de/system/files/pdf/YRK9YG.pdf (letzter Zugriff: 25.01.2013).

Baiocchi, Gianpaolo (2005): Militants and Citizens: The Politics of Participatory Democracy in Porto Alegre, Stanford, Kalifornien.

Baumann, Mechthild / Felten, Sandra / Stratenschulte, Eckart D. (2009): Empirische Auswertung der Europäischen Bürgerforen 2008/2009, www.buergerforen.de/fileadmin/medias-buergerforen/presse/Finale_Auswertung.pdf (letzter Zugriff: 25.01.2013).

Bertelsmann Stiftung (2013): Public Participation in International Review: A discussion between Archon Fung, Yves Sintomer, Patrizia Nanz and Anna Wohlfarth, in: Inspiring Democracy: New Forms of Public Participation, S. 71–75.

Dienel, Hans-Liudger (2011): Die Planungszelle im Einsatz: Bürgervoten für die Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz, in: Kurt Beck / Jan Ziekow (Hrsg.): Mehr Bürgerbeteiligung wagen, S. 169–177.



Fritsche, Miriam / Nanz, Patrizia (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Schriftenreihe Band 1200, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Fung, Archon (2003): Survey Article: Recipes for Public Spheres: Eight Institutional Design Choices and Their Consequences, *Journal of Political Philosophy*, 11(3), S. 338–367.

Herzberg, Carsten / Sintomer, Yves et al. (2010): Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation: Studie, <http://opus.kobv.de/zlb/volltexte/2011/10312/pdf/dg25.pdf> (letzter Zugriff: 25.01.2013).

Ley, Astrid / Weitz, Ludwig (Hrsg.) (2009): Praxis Bürgerbeteiligung, Stiftung Mitarbeit, Bonn.

Nanz, Patrizia / Kies, Raphaël (2013): Is Europe Listening to Us? Successes and Failures of EU Citizen Consultations, Ashgate Publishing.

Stadt Heidelberg (2012): Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg, online: http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1227274/12_pdf_Buergerbeteiligung_LeitlinienEnd.pdf (letzter Zugriff: 25.01.2013).

Stiftung für Zukunftsfragen (2012): Forschung aktuell, Hamburg, online: www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/uploads/media/Forschung-Aktuell-241-Politikervertrauen-in-Krisenzeiten_01.pdf (letzter Zugriff: 25.01.2013).

Strele, Martin / Nanz, Patrizia / Lüdemann, Martin (2012): BürgerInnen-Räte in Österreich, Gemeinsames Forschungsprojekt des Lebensministeriums und des Büros für Zukunftsfragen, Bregenz, Wien, online: <http://www.vorarlberg.at/pdf/endberichtforschungsproje.pdf> (letzter Zugriff: 26.01.2013).

Hinweis

Der Beitrag ist bereits in der Zeitschrift »[Deutschland und Europa](#)« (Heft: [Bürgerbeteiligung in Deutschland und Europa, 65 – 2013](#)) erschienen. Er ist unter der Zuarbeit von Ivo Gruner entstanden.



Autor/innen

Prof. Dr. Patrizia Nanz ist Leiterin des Forschungsschwerpunktes Partizipationskultur am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI), Gründerin des »European Institute for Public Participation« (EIPP).

Kontakt

European Institute for Public Participation
Schwachhauser Heerstraße 78
28209 Bremen
E-Mail: patrizia.nanz@participationinstitute.org
Web: <http://www.participationinstitute.org>

Dr. Jan-Hendrik Kamlage ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen im Bereich Partizipationskultur und Mitarbeiter des »European Institute for Public Participation« (EIPP).

Kontakt

Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI)
Goethestraße 31
45128 Essen
E-Mail: jan-hendrik.kamlage@kwi-nrw.de

Redaktion eNewsletter

Stiftung Mitarbeit
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de